

Politisches
und Wirtschaftliches
aus
Australasien.

4.251

Von

Alfred Manes.

BERLIN SW 48

Verlag von Leonhard Simion Nf.

1910.

THE AUTHOR'S ADDRESS IS ON THE REVERSE

Politisches

Ursachen, Geschichte u. Politik

des Weltkrieges

von

1918

Ausgaben

THE AUTHOR'S ADDRESS IS ON THE REVERSE

Deutschland und Canada

DEUTSCHER



Vorwort.

Den Wunsch des Vorstandes der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, meinen vor deren Mitgliedern Anfang 1908 gehaltenen Vortrag über das Land der sozialpolitischen Experimente (Neuseeland) in den Zeitfragen zu veröffentlichen, konnte ich leider damals nicht erfüllen. Inzwischen habe ich jenes Inselreich, sowie das von ihm stark beeinflusste Australien durchstreift und komme nun dem erneuten Wunsche des Vorstandes gerne nach, einige als Vortrag gedachte Reiseeindrücke aus jenen interessanten Ländern hier wiederzugeben, wobei ich z. T. Berichte verwende, welche ich an Ort und Stelle für die Internationale Wochenschrift, die Frankfurter Zeitung, die Münchener Allgemeine Zeitung und die Wiener Neue Freie Presse verfasst habe. Eine umfassendere, allgemein verständliche Darstellung mit zahlreichen Abbildungen, z. T. nach eigenen photographischen Aufnahmen, wird noch im Laufe dieses Jahres unter dem Titel: „Ins Land der sozialen Wunder, eine Studienfahrt durch Japan und die Südsee nach Neuseeland und Australien“ im Verlage der Hofbuchhandlung von E. S. Mittler & Sohn in Berlin erscheinen.

Berlin, W. 50, im März 1910.

Pragerstrasse 26.

A. M.

O**bg**leich wir im Zeitalter des Verkehrs, im Zeichen der Weltreisen stehen, sind Australien und Neuseeland dem Gesichtskreis auch der Gebildeten Europas kaum näher gerückt, als es vor Jahrzehnten der Fall war. Die Entfernung von Europa nach Australasien ist zu groß, die Ausbeute, auch für den unternehmenden Globetrotter im Verhältnis zur Reisedauer zu gering. Nur für den wissenschaftlichen Forscher, in erster Linie den Anthropologen, den Geologen, den Nationalökonom und den Politiker haben jene Antipodenländer ein großes Interesse; ihnen liefern sie reiches Material zum Studium. Namentlich der Sozialpolitiker hat vielleicht nirgendwo sonst auf der Erdoberfläche gleich günstige Gelegenheit, die verschiedenartigsten Experimente sozial-fortschrittlicher Gesetzgebung zu studieren, und der Politiker kann dort eine mit sozialem Öl kräftig gesalbte Demokratie mit allen ihren Vorzügen und Schwächen genau beobachten.

* * *

Australien und Neuseeland — ein Kontinent beinahe von der Größe Europas und ein Inselreich von dem Umfange Italiens, beide halb so weit von einander entfernt wie Deutschland von Amerika, jenes sechs zu einem Bundesstaat, dem Commonwealth of Australia, geeinte englische Kolonien umfassend; dieses ein einziges Dominion der englischen Krone: darf man zwei so verschiedene Länder, die auch historisch, geographisch und ethnologisch wesentliche Gegensätze aufweisen, überhaupt unter einem einheitlichen Begriff zusammenschmieden, von

einem Australasien reden und australasische Probleme zu erörtern versuchen?

Wer die Politik der beiden fernen Länder studiert, vornehmlich auch ihre Wirtschafts- und ihre Sozialpolitik, wird diese Frage nicht nur bejahen, sondern die gemeinsame, vergleichende Betrachtungsweise als durchaus möglich ansehen. Und in der Tat haben nationalökonomische Forscher, wie der Neuseeländer Reeves, der Amerikaner Clark, der Deutsche Schachner und auch unser trefflicher Handels-sachverständiger in Sydney de Haas, im Gegensatz freilich zu den Franzosen Biard d'Aunet und Siegfried (unlängst trefflich verdeutscht von Warnack) in ihren wertvollen sozial-ökonomischen Studien Australien und Neuseeland zusammengefaßt. Diese Methode ist auch schon deshalb zweckmäßig, weil zwischen den radikalen, sozialreformerischen, staats-sozialistischen Gesetzgebungen der beiden Länder fortgesetzt Wechselwirkungen stattfinden. In der Regel ist freilich Neuseeland der bahnbrechende Pionier, dem dann sehr schnell Neusüdwales, Victoria und Südaustralien folgen, während Westaustralien und Queensland etwas nachzuhinken pflegen und Tasmanien ganz zurückbleibt; zuweilen aber gibt auch ein australischer Staat die erste Anregung für die alsdann umso energischer vorgehende neuseeländische Legislative. Daß der Commonwealth als solcher der Lehrmeister des neuseeländischen Gesetzgebers war, hat sich noch nicht ereignet, wohl aber hat die Bundesgesetzgebung die des Dominions gelegentlich übernommen und zugleich ausgebaut.

Australien und Neuseeland sind sehr junge Länder; sie haben beide eine sehr dünne Bevölkerung, jenes zählt rund vier Millionen, dieses knapp eine Million Bewohner; dieses wie jenes ist reich an Mineralien, hat große Strecken fruchtbaren Getreidelands, noch größere Gebiete geeignet zur Schafzucht; hier wie dort hat sich eine bescheidene Industrie unter dem Schutze hoher Zölle neben der exportierenden Landwirtschaft und Viehzucht entwickelt; in beiden finden wir u. a. die parlamentarische Regierungsform, die Demokratie, einen maßgebenden Einfluß der Arbeiter und weitere Ähn-

lichkeiten. Aber über diesen Ähnlichkeiten darf man die Verschiedenheiten nicht vergessen: die Verschiedenheiten in der Beschaffenheit des Landes, in seiner Größe und in seinem Klima, in der eingebornen Bevölkerung und in vielen anderen Beziehungen.

Das politische und wirtschaftliche Leben jener fernen Antipodenländer, die für die meisten von uns noch so unentdeckt sind, zeigt gegenüber der Politik und Wirtschaft anderer Erdteile, anderer Völker außerordentlich starke Abweichungen. In ihrer Eigenart verdient Australasien ein eingehendes Studium umsomehr, als mit der zunehmenden Verstrickung des Deutschen Reiches in den Weltverkehr und in die Weltpolitik, mit der Verlegung eines Schwerpunkts dieser Weltpolitik (und nach Eröffnung des Panamakanals auch des Weltverkehrs) in die ferne Südsee, die Bedeutung Australasiens gewaltig steigen wird; und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird dereinst einmal der große Kampf zwischen der weißen und gelben Rasse um die australasischen Länder toben.

* * *

Es ist nun beim besten Willen nicht möglich, im knappen Rahmen dieses Vortrags auch nur die wichtigsten der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Probleme, die sich in Australasien unserem Auge zeigen, vorzuführen. Ich muß mich begnügen, drei Probleme herauszugreifen, und zwar wähle ich

1. die auswärtige Politik Australasiens, soweit sie insbesondere Deutschland und seine Kolonien betrifft; alsdann

2. die Antikartellgesetzgebung Australiens, weil sie, gleichzeitig als Schutz der heimischen Industrie, auf der einen Seite die denkbar schroffste Ausschließung fremder Produkte, auf der anderen Seite die Verknüpfung von Industrieschutz und weitgehender Sozialpolitik illustriert; schließlich sei

3. die Frage gestreift, ob Neuseeland, der sozialpolitisch führende Staat Australasiens, in der Lage ist, seine Wirtschaftspolitik weiter durchzuführen, wenn es weniger vom Glück begünstigt ist, als es bis zum Beginn des vorigen Jahres war, in welchem ich es besuchte, und eine nicht unbedeutende Krisis studieren konnte.

Diese drei Probleme haben wenig Gemeinsames; aber gerade aus diesem Grunde sind sie vielleicht geeignet, den Fernerstehenden die Vielseitigkeit der australischen Probleme zu zeigen.

* * *

Die politische Geschichte Australiens und auch Neuseelands zeigt, ebenso wie die Wirtschaftsgeschichte beider Länder, so jung sie auch, vom europäischen Standpunkte aus betrachtet, naturgemäß sind, die immer stärker hervortretende Tendenz: Australien den Australiern, Neuseeland den Neuseeländern und Ozeanien den Angelsachsen. Von dieser letzten Tendenz wird noch später die Rede sein; hier mögen zunächst die beiden erstgenannten gewürdigt werden.

Man kann es begreifen, daß es für einen Politiker und für einen Patrioten etwas Verlockendes an sich hat, auf einem Kontinent nur einen Staat, nur ein Volk, nur ein Recht zu haben, nur einen Herrscher über dem Ganzen und zu alledem, in diesem Einheitsstaat par excellence zu produzieren, was immer seine Bewohner gebrauchen. Das ist das Ideal Australiens und das Ideal Neuseelands. Einst hoffte man, Australien und Neuseeland zu einem einheitlichen wirtschaftlichen und politischen Gebiet verschmelzen, Neuseeland zu einer Dependence des australischen Kolosses machen zu können. Die Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen; Neuseeland, welches so häufig der Lehrmeister Australiens gewesen ist, hat seine Selbständigkeit bewahrt und will genau wie der Australische

Bund ein eignes völkerrechtlich und volkswirtschaftlich selbständiges Gebiet sein.

Ehe wir aber besprechen, ob ein solches selbständiges Australien, ein selbständiges Neuseeland wirtschaftlich möglich ist, bedarf es eines Blickes auf die Selbständigkeit in politischer Beziehung; und da müssen wir unseren Blick zurückwenden in die junge Geschichte des fünften Erdteils.

Daß die Kolonisation Australiens durch England 1787 mit der Deportation von Verbrechern in das 1770 von dem Weltumsegler Cook für Georg III. in Besitz genommene Land begonnen hat, ist bekannt. Aber nach nur 80 Jahren waren in dem fernen Erdteil sechs lebenskräftige Gemeinwesen entstanden, die in jeder Beziehung vom britischen Mutterlande abhängig, letzten Endes vom Staatssekretär des Krieges in London geleitet wurden. Kaum war in jenem neuen britischen seit 1817 auch von freien Ansiedlern bevölkerten Gemeinwesen das Verlangen erwacht, daß die schmachvolle Verbrecherdeportation aufhöre und die Abhängigkeit vom fernen Mutterlande gemildert werde, als dieses, gewitzigt durch die Erfahrung mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, nach und nach allen sechs australischen Kolonien das Recht der Selbstverwaltung gab, zuerst nur teilweise 1823, etwas erweitert 1842 an Neusüdwaales, dann völlig 1855 an diese Kolonie sowie an Victoria, Südaustralien und Tasmanien, 1870 in beschränktem, 1890 in unbeschränktem Umfang an Queensland und auch an Westaustralien. (Südaustralien war übrigens so wenig wie Neuseeland jemals Verbrecherstation gewesen!) Nun hatte jede Kolonie ihr Parlament und eigene Kabinettsregierung, ziemlich genau nach englischem Vorbild. Der Zusammenhang mit England tritt in der Verfassung insofern zutage, als der Monarch des englischen Mutterstaates auch der Monarch jeder Kolonie ist; er wird in jeder Kolonie durch einen von ihm ernannten Gouverneur repräsentiert. Diese Gouverneure waren jedoch seit jeher völlig einflußlos und haben in Wirklichkeit nur eine dekorative Stellung, so daß zwar nicht die Rechtsform, wohl aber der tatsächliche Charakter der Kolonien ein demokratisch-republikanischer ist.

Eine neue Epoche in dem Ausbau der politischen Unabhängigkeit der australischen „Provinzstaaten“ (wie Kohler recht glücklich die Kolonien neuerdings bezeichnet hat), beginnt 1900 mit der Errichtung des Commonwealth of Australia, des australischen „Gemeinwohls“. Ansätze zu einer „interkolonialen Reciprocität“ sind bis ins Jahr 1847 zurückzuverfolgen, als Earl Grey eine gemeinsame Gesetzgebung für ganz Australien befürwortete. Zwei Jahre später wurde ein australisches Einheitsparlament und ein Generalgouverneur sogar von London aus empfohlen. Und seit dieser Zeit ist das Für und Wider eines australischen Bundes nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung verschwunden. Seit 1880 nahm der Plan immer konkretere Formen an, bis mit dem neuen Jahrhundert, nach schweren Kämpfen, der fünfte Erdteil als einer der größten Bundesstaaten ins Leben trat, und zwar im Gegensatz zu dem deutschen, schweizerischen, amerikanischen und kanadischen Bundesstaat nicht in der Folge eines Krieges oder durch einen Druck von außen, sondern auf Grund rein verstandesmäßiger Überlegung und absoluter Freiwilligkeit im Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit. 377 988 Australier hatten bei der Volksabstimmung für den Bund gestimmt. 141 386 dagegen. Selbstverständlich konnte die Verfassung des neuen „unauflöselichen vereinigten Gemeinwohls“ nur ein Kompromiß zwischen den sehr weit auseinandergelassenen Interessen der sechs Provinzstaaten sein, die größere Verschiedenheit schon im Klima aufweisen, als die Staaten, welche das Deutsche Reich bilden. In der einen Kolonie herrschte Freihandel, in der anderen hoher Schutzzoll, in dieser herrschten agrarische, in jener industrielle Strömungen vor. Aber gerade der Umstand, das ungeachtet dieser elementaren Verschiedenheiten doch in recht kurzer Zeit, nur zehn Jahre nachdem die beiden letzten Provinzstaaten das Recht der Selbstverwaltung bekommen hatten, der vereinheitlichende Bund zustande kam, ohne daß irgendeine zwingende Notwendigkeit dafür vorlag zeigt, daß im australischen Volk, welches ja überwiegend englischen Blutes ist, ein sehr stark entwickeltes Selbständigkeitsgefühl vorhanden sein muß.

Es wäre nun direkt unlogisch und höchst überraschend, würde sich nicht früher oder später ein scharf ausgeprägtes neues australisches Nationalbewußtsein entwickeln, welches eine schrittweise Ausgestaltung der Bundesverfassung erstrebt und die an sich schon lockeren, die Kolonie mit dem englischen Mutterlande verbindenden Fäden immer loser werden läßt.

Wenn die australischen Arbeiterparteien im gleichen Tempo an Macht gewinnen, wie in den letzten zehn Jahren, so kann es keinem Zweifel unterliegen, das sich in Australien eine solche rein nationale Politik entwickelt. Eine solche steht im Programm der Arbeiterparteien sowohl Australiens wie Neuseelands, und die Arbeiter verstehen unter ihr im Gegensatz zu den imperialistischen Bestrebungen der anderen Parteien: ein politisch selbständiges Australien, ein politisch selbständiges Neuseeland. Verschiedene Anzeichen, die freilich mit entgegengesetzten, zur Zeit vorherrschenden, im Kampfe liegen, lassen eine solche Entwicklung ahnen.

Es kann kaum bezweifelt werden, daß die australischen Regierungen in absehbarer Zeit daran denken müssen, die öffentlichen Ausgaben da, wo es möglich ist, einzuschränken, weil die Ausgaben für die weit fortgeschrittene und immer weitergehende soziale Gesetzgebung ständig wachsen, und weil stets höhere Ausgaben für militärische Zwecke nötig erachtet werden. Warum daher z. B. außer dem teuren Generalgouverneur des Königs für den Bund noch sechs teure Gouverneure in den Einzelkolonien bezahlen, von denen jeder 70—140 000 Mark erhält?

Ein Blick in das Parteiprogramm der Arbeiterpartei, welche von November 1908 bis Ende Mai 1909 die Bundesregierung zum zweiten Male unter Fisher in Händen hielt, zeigt, daß diese zeitweiligen Beherrscher Australiens allen Ernstes die Beseitigung der dekorativen Gouverneure verlangen. Diese Arbeiterpartei hat es bekanntlich auch abgelehnt, dem englischen Mutterlande Dreadnoughts zum Geschenk zu machen, wozu nach dem englischen Adelsprädikat hungrige Politiker und Finanzgrößen unter Zeichnung erheb-

licher Geldbeträge animiert haben. Die neu zur Regierung gelangten Liberalen unter Deakin haben die Schiffe und mehr inzwischen bewilligt. Aber für eine auch von vielen Mitgliedern der liberalen Partei begehrte eigene Flotte Australiens sind die Arbeiter zweifelsohne bereit, Geld herzugeben; denn sie sind erbötig, alles zu tun, um auch in einem Kriegsfall Australien den Australiern (aber nicht den Engländern) zu sichern.

Es ist hier nicht der Ort, alle Merkmale und Anzeichen anzuführen, welche man beim Studium des Problems eines politisch selbständigen Australiens zugunsten eines solchen ausfindig machen kann; nur noch einige seien genannt: der Glaube vieler an eine Revolution in Indien, an den Abfall dieser Riesenkolonie und in dessen Gefolge die friedliche Trennung auch anderer Kolonien von England; die Empörung gegen das englisch-japanische Bündnis, denn vor den Japanern, welche nur ganz ausnahmsweise ins Land gelassen werden, hat man noch mehr Angst als merkwürdigerweise vor uns Deutschen; die Übernahme British-Neu-Guineas unter der Bezeichnung Papua-Land als einen Bestandteil des australischen Bundes; nicht zuletzt die Art und Weise der Feier der amerikanischen Flotte im Jahre 1908. Genaue Kenner Australiens, die sagen durften und wollten, was sie meinten, wie z. B. der langjährige französische Generalkonsul Biard d'Aunet, haben schon vor vielen Jahren diese ganze Entwicklung richtig vorausgesagt.

Auf der Tagesordnung des Bundesparlaments 1909 standen einige Verhandlungspunkte, die ebenfalls die Tendenz zunehmender Unabhängigkeit erkennen lassen. Erwähnt sei das neue australische Münzgesetz, nach dem der Commonwealth Münzen mit besonderer Prägung herzustellen berechtigt ist; und es war durchaus nicht einer der radikalsten Abgeordneten, der den Antrag stellte, es sollten in Australien künftig nur diese australischen Münzen Geltung haben, aber nicht mehr die englischen. Die zunehmende Macht des Bundes zeigt auch die beantragt gewesene, diesmal gescheiterte, aber sicher doch bald erfolgende Übernahme der nörd-

lichen Teile Südaustraliens auf den Commonwealth, da Südaustralien finanziell außer Stande ist, für sein Northern Territory ausreichend zu sorgen. Hand in Hand damit geht das Projekt zweier auf Kosten des Bundes herzustellenden Transkontinentalbahnen, welche den Erdteil von Norden nach Süden durchqueren, bzw. Westaustralien mit den anderen Staaten verbinden sollen, und die Aussicht auf Durchführung haben; nur über die zu wählende Route der zunächst zu bauenden West-Südbahn war man sich nicht einig, weil dabei jeder Staat für sich möglichst viel profitieren wollte. Das Scheitern des Projekts im vorigen Jahre bedeutet nur, daß es um so sicherer in einem der nächsten Jahre durchgeführt wird.

An kleinen und großen Anzeichen für die zunehmende Tendenz der Unabhängigkeit Australasiens fehlt es also nicht, wengleich sich naturgemäß andere Tendenzen daneben stark bemerkbar machen. Allein diese werden von der englischen Presse breitgetreten, jene ignoriert. Der Bundesstaat, den man vor neun Jahren ins Leben rief, sucht mehr und mehr Macht von den Einzelstaaten an sich zu reißen und muß das tun, wenn er seine Aufgabe im Interesse des ganzen Erdteils erfüllen will. Dem Föderalismus huldigen, wie ausgeführt, namentlich die Arbeiter, denen die nahe Zukunft der australischen Politik gehört; und ich zweifle nicht, daß binnen kurzer Frist die meisten ihrer politischen Forderungen erreicht werden. Sie scheinen weniger radikal als andere, die mit Hilfe der liberalen, ja selbst der konservativen Parteien schon zur Durchführung gebracht worden sind.

Mit diesen Selbständigkeitstendenzen scheint es nicht zu harmonieren, daß, wenn man unbefangen das Verhältnis Australasiens zum Mutterlande studiert, man immer von neuem überrascht ist, wie anhänglich die Australier und noch mehr die Neuseeländer scheinen. Und als Beweis dafür, daß der Schein nicht trügt, wird immer auf zwei Tatsachen hingewiesen, die hierfür sprechen sollen: einmal auf die natürliche Anhänglichkeit an das Mutterland, welche sich u. a. deutlich in der Sitte ausdrücken soll, daß

man nicht von einer Reise „nach England“ redet, sondern von einer Reise „nach Hause“, und dann auf die Hilfe, welche die australischen Kolonien im Burenkriege den Engländern in uneigennützigster Weise geleistet haben; neuestens kommen die Dreadnoughtsgeschenke als dritter Beleg für die Anhänglichkeit hinzu. Aber diese drei Dinge beweisen höchstens ein diplomatisches Geschick der leitenden Politiker und die Loyalität der älteren und mittleren Generation; die jüngere ist, wie mir viele Politiker und Pädagogen versicherten, von ganz anderem Schlage und scheint vor allem durchaus nicht gewillt, für die Idee des englischen Imperialismus Opfer zu bringen. Das wird, wie schon angedeutet, um so weniger der Fall sein, je mehr die Arbeiterpartei Fortschritte macht. Die Jungen wachsen hier in einer Freiheit auf, wie wir sie kaum ahnen. Der Einfluß des Elternhauses wie der Schule scheint in bezug auf patriotische Gesinnung oder vielmehr Opferwilligkeit minimal zu sein.

England ist zu weit weg. Man merkt, wenn man in Australien geboren ist und hier immer gelebt hat, nicht die zahlreichen Wohltaten, welche die Kolonien der Heimat zu verdanken haben. Man fühlt es nicht, daß die Weltgeltung britischer Kolonien zum großen Teil von der Weltgeltung Englands abhängt. Es kommt hinzu, daß die in der Ära hochsozialer Gesetzgebung heranwachsende Generation, wenn sie sich mit Politik beschäftigt, bald erkennt, daß Australasien sozialpolitisch vom Mutterlande nichts lernen kann, daß dort krasse Armut auf der einen und Riesenvermögen auf der anderen Seite herrschen, die keine befriedigenden Zustände für die große Masse der Bevölkerung bieten. In Australasien herrscht das Dogma des Hochschutzzolls; drüben im Mutterlande huldigt man — vorläufig wenigstens noch — dem Freihandel. Da spielt die Aristokratie und die Plutokratie die führende Rolle; in den Kolonien ist man aber durch und durch demokratisch und blickt allenthalben auf die Ordnung der Dinge jenseits des großen Weltmeeres herab wie auf mittelalterliche Institutionen. In welcher Beziehung man auch immer Australasien mit England zu vergleichen

sucht, man wird nur Gegensätze finden, kaum Ähnlichkeiten. Die Psyche des Australasiens, der hier von im Lande geborenen Kolonialen abstammt, muß eine gänzlich andere sein, wie die des im Mutterland geborenen und dort stets lebenden Engländers. Und so werden Australasier und Engländer in ihren Empfindungen und Idealen jedenfalls, trotz aller vorübergehenden nur künstlich aufrechterhaltenen Sympathien, immer mehr auseinanderwachsen.

Das australasische Nationalgefühl wird sich auch mit der Zunahme der in den Kolonien Geborenen unbedingt immer weiter ausbreiten. Um so bewundernswerter ist die virtuose Technik, mit der die Londoner Regierung ihre fernen Kolonien zu behandeln versteht.

So behutsam aber auch das Londoner Auswärtige Amt mit den stets selbstbewußten australasischen Regierungen verfährt, gelegentlich zeigt sich doch selbst dem loyalsten Australasier, daß das Interesse des britischen Mutterlandes nicht in allen Dingen mit dem der fernen Kolonien harmoniert. Man denke nur an das hier sehr scharf verurteilte Bündnis Englands mit Japan. Und ein Blick in die begeisterten Reden, welche beim erwähnten Besuch der amerikanischen Flotte in Australasien gehalten wurden, zeigt, daß man die Möglichkeit nicht ausschließt, aus irgendwelchen Gründen auf die amerikanischen Vettern angewiesen zu sein. Sir Robert Stout, ehemaliger leitender Staatsmann Neuseelands, hat im vorigen Jahre in London erklärt, falls es zu einem deutsch-englischen Kriege kommen und das Kriegsglück Deutschland (was man in Neuseeland als sehr wahrscheinlich annimmt) günstig werden sollte, so würde man in dem Dominium sofort das Sternenbanner hissen!

Man braucht sich nur ein paar Monate im fünften Erdteil aufgehalten zu haben, um zu erkennen, wie von London aus mit allen Mitteln gearbeitet wird, den Australasiern Furcht vor fremden Nationen zu machen, ihnen zu zeigen, daß sie gut loyal sein und die englische Flotte unterstützen müssen, wenn sie der Eroberung durch irgendeinen bösen

Feind, als welcher zurzeit vor allem Deutschland gilt, entgegen wollen. Dank der bis Anfang 1910 einzigen englisch-australischen Kabelgesellschaft, welche das Nachrichtenmonopol für die gesamte einflußreiche australische Presse bisher besaß und Tag für Tag tendenziöse Telegramme in die vielen Hundert Zeitungen der Kolonien bringt, ist es denn auch den Londoner Fabrikanten der öffentlichen Meinung gelungen, weite Kreise Australasiens aufs äußerste nervös zu machen, so daß man allen Ernstes in den Zeitungen z. B. lesen konnte, deutsche Luftschiffe seien über Neuseeland gesehen worden!

Alle diese Alarmnachrichten läßt man sich gefallen, auch in Kreisen, die besser über die tatsächlichen Verhältnisse orientiert sind, die aber eine australische Flotte haben wollen oder wenigstens einen weit stärkeren Schutz durch englische, ausschließlich für die Verteidigung Australiens bestimmte Schiffe. Denn gar mancher Politiker hat tatsächlich große Furcht, daß in absehbarer Zeit — die Japaner oder die Chinesen kommen. Unter den fünf Millionen Australiern aber für die Flottenpolitik Stimmung zu machen, ist aus vielen Gründen nicht ganz leicht; wer da im Busch sitzt und Bäume fällt, oder wer im Innern des Landes seine Farm bestellt und seine Viehherden zu mehren sucht, der hat wenig Verständnis dafür, warum er höhere Abgaben leisten soll, einer Flotte zuliebe. Den gelben Schrecken an die Wand zu malen, genügt also nicht. Da muß man den Landeskindern einen viel böseren Feind zeigen und sie durch ihn das Gruseln lehren lassen. Und dieser schwarze Mann ist der Deutsche. Den kennt man in Australien und liebt ihn nicht, weil er fleißiger, sparsamer, nüchterner ist, auch eher bereit, zu geringerem Lohn und längere Zeit zu arbeiten, als der aus England stammende Koloniale. Einen Japaner hat man aber kaum jemals gesehen, schon weil die scharfen Einwanderungsgesetze ihn fast ganz ausschließen. Einer der Minister der im vorigen Jahre am Ruder gewesenen Arbeiterpartei hat bei einer Unterredung, die ich mit ihm hatte, diese Tatsache glatt zugegeben, gleichzeitig aber nicht verfehlt zu erklären, daß die Kolonisten

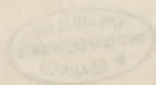
deutschen Ursprungs zu den besten Elementen Australiens gehörten. Die Deutschenfurcht ist natürlich im Grunde nur Konkurrenzangst, welche bei den Arbeitern ebenso wie bei den Unternehmern zu finden ist. Aber dieser Umstand sollte uns in keiner Weise hindern, bei gegebener Zeit die Auswanderung dorthin zu empfehlen. Um jedoch in dieser und anderer Weise dem Deutschtum nützen zu können, müßten wir mehr als einen einzigen Berufskonsul in ganz Australasien haben, und zwar hervorragend tüchtige Vertreter, die nicht alle paar Jahre abberufen werden, die englische Sprache tadellos beherrschen, die Sympathie der Deutschen wie der Australier genießen und vor allem die Lust und Fähigkeit haben, in einem ultrademokratischen Staat dauernd zu leben und ihn zu verstehen.

Die Frage der Verbesserung des Nachrichtenendienstes kommt immer wieder in den verschiedenen australasischen Parlamenten zur Sprache. Neuestens beschäftigt sich eine Kommission des Bundesparlaments in Melbourne damit. Das Monopol der Kabelgesellschaft war aber bisher stärker als der Staat. An der Macht dieses Monopols scheint jedoch ganz neuerdings die Verbilligung der Kabelgebühren etwas zu ändern; denn diese Verbilligung ist immerhin so wesentlich, daß der alten Kabelgesellschaft ein Konkurrenzunternehmen zu entstehen begonnen hat, welches in London und Vancouver eigene Bureaus unterhält, aber die deutschen Interessen kaum besser wahren wird. Leider wird die Wahrung deutscher Interessen auch nicht möglich sein, wenn demnächst die drahtlose Telegraphie, deren Einführung in großem Umfange Ende des Vorjahres beschlossen wurde, zur Durchführung gelangt sein wird. Sechs Stationen für drahtlose Telegraphie sollen eingerichtet werden, eine in Sydney, eine in der Nähe von Auckland und vier in der Südsee: auf den Fidji-Inseln, den Neu-Hebriden, auf der Ozeaninsel und den Salomon-Inseln. Damit steht das ganze englische Südseereich in telegraphischer Verbindung miteinander. Eine Hereinziehung des deutschen Südseegebietes in dieses drahtlose Telegraphiesystem hat man entschieden abgelehnt; es wäre

ein leichtes gewesen, wenn man auf australischer Seite den guten Willen gehabt hätte, zumal im deutschen Südseegebiet ebenfalls die Errichtung drahtloser Telegraphenstationen bereits in Angriff genommen ist, um eine Verbindung herzustellen zwischen der Endstation des Kabels auf den Karolinen, auf der deutschen Insel Yap und unserem Schutzgebiet Neu-Guinea. Hoffen wir, daß dieser Fortschritt des telegraphischen Systems wenigstens in naher Zukunft nicht nur den Bewohnern der Südsee und Australasiens den Vorteil besserer Informationen über Europa bringt, sondern auch die europäische Presse veranlaßt, über jenen fernen Weltteil mehr und besser zu berichten als bisher.

Denn auch die europäische, namentlich die deutsche Presse, begeht, wie die Auswärtigen Ämter mancher europäischer Staaten den großen, von auffallender Kurzsichtigkeit zeugenden Fehler, die politischen Dinge, welche sich in Australasien abspielen, nicht gebührend zu beachten.

Man unterschätzt ganz allgemein die Bedeutung des fünften Erdteils und Neuseelands, namentlich auch für Deutschland, für seine industriellen Beziehungen und seine Auswanderer, vor allem aber auch für seine Kolonien im Stillen Ozean. Denn in Neuseeland wie in Australien denkt man bereits an eine territoriale Ausdehnung, so weite Länderstrecken dieser Kolonien auch noch gänzlich oder sehr unzureichend besiedelt sind. Die Kampfrufe „Ozeanien den Angelsachsen“ ertönt immer wieder in den verschiedensten Variationen. Aber was erfährt man davon bei uns? Und wenn man es erfährt, was kümmert man sich darum? Nicht mehr, als um die vielen Tausende deutscher Nationalität oder Abstammung hier draußen! Ich würde es nicht wagen, diese Vorwürfe auf Grund der Eindrücke und Erkundungen auszusprechen, die ich in ein paar Monaten an Ort und Stelle gesammelt habe, hätte ich nicht bei vielen, lange Jahre in Australien lebenden Persönlichkeiten dieselbe Auffassung vertreten gefunden. Auch in der Literatur ist dergleichen wiederholt zum Ausdruck gekommen. Zwar hat



es nicht an Ereignissen gefehlt, die bald dieser, bald jener europäischen Nation die heißen Wünsche und nicht gerade recht freundschaftlichen Absichten der Australier und Neuseeländer verrieten; aber es scheint, daß im Stillen Ozean sich abspielende Vorfälle besonders schnell von uns vergessen werden. Wer denkt noch an den Neuhebriden-Streit, an den Marschallinsel-Konflikt zwischen Jaluitgesellschaft und Burns Phelp Line, an Neuseelands Bemühungen, Samoa dem deutschen Besitz zu entziehen, an seine Ansprüche auf die Fidji-Inseln, die es noch immer von England zu bekommen hofft? Hat das englische Dominium Neuseeland, was kaum in weiteren Kreisen bekannt sein dürfte, um die Jahrhundertwende doch eine ganze Reihe kleinerer Inseln des Stillen Ozeans annektiert, vor allem die Cook-Inseln. Und daß nicht nur einzelne der australischen Staaten, sondern auch der australische Bundesstaat, selbst nur eine Kolonie, wie schon kurz erwähnt, eine eigene Kolonie hat, nämlich das früher Britisch-Neuguinea, jetzt Papualand genannte Territorium, dürfte Manchen überraschen. Denn die Geographie des Stillen Ozeans lernt man, das weiß ich aus eigener Erfahrung, erst dann gründlich, wenn man viele Wochen auf ihm herumgetrieben wird.

Wie man in Australasien alles Englische getreulich kopiert, mag es gut oder schlecht, zweckmäßig oder unvorteilhaft sein, so hat sich auch in Australien und in Neuseeland, wie die schon angeführten beiden Kampfrufe zeigen, eine Art Imperialismus herausgebildet, den man im Gegensatz zu dem großen Imperialismus Chamberlains, für den im fünften Erdteil nicht allzuviel Sympathie zu finden ist, den kleinen Imperialismus nennen kann, und als dessen Ideal ein Größer-Australien, ein Größer-Neuseeland nach dem Muster der Greater-Britain-Bewegung erscheint. Deshalb will man keine andere Nationalität im Stillen Ozean dulden als die angelsächsische.

Was ist darüber nicht alles in den unzähligen Reden gesagt worden, die bei der Anwesenheit der amerikanischen Flotte in den Häfen Neuseelands und

Australiens im vorigen Jahre gehalten wurden. Denn den Amerikanern als nahen Blutsverwandten gönnt man bereitwilligst ein Stück Herrschaft über den Pacific. Sie betrachtet man als die natürlichen Bundesgenossen gegen die gelbe wie gegen die deutsche oder auch französische Gefahr. Wenn Mitte Juli vorigen Jahres in einem australischen Parlament allen Ernstes wieder die Forderung gestellt worden ist, eine englisch - australische - amerikanische Allianz zur Anglisierung des Stillen Ozeans zu schließen, auf den man hier eine Art natürlichen Rechts zu haben glaubt, so ist die Tatsache nur ein besonders deutliches Zeichen der Strömungen in manchen politischen Kreisen Australasiens.

Dieser k o l o n i a l e J i n g o i s m u s ist dem englischen Mutterland an sich höchst willkommen und wird von London aus unter der Hand geschürt. Offiziell benimmt man sich freilich in London vorsichtiger. Aber man besitzt, das hat sich wiederholt gezeigt, ein sehr bequemes und einfaches Mittel, diplomatischen Verwicklungen aus dem Wege zu gehen. Die Kolonien weisen eine fremde Macht, die vorstellig wird, an das Auswärtige Amt in London mit der juristisch einwandfreien Begründung, daß dieses für die auswärtige Politik des ganzen britischen Reichs verantwortlich sei. Das Londoner Amt aber vermag sich leicht hinter der Ausrede zu verschanzen, daß Australien und Neuseeland nahezu unabhängig seien. So geht die Korrespondenz von Pontius zu Pilatus, rund ein Vierteljahr dauert es, bis die Antwort auf ein von Australien nach Europa oder umgekehrt gesandtes Schreiben eintreffen kann; man wird schließlich müde, und die Angelegenheit verläuft mehr oder minder im Sande.

Dennoch darf die Bewegung nicht ohne Beachtung bleiben. Denn sie wächst stets mehr, und der große Druck, den die australasischen Kolonien auf das englische Mutterland auszuüben vermögen, ist nicht zu unterschätzen. Wenn anders die deutschen Kolonien in der Südsee, vor allem N e u g u i n e a und S a m o a uns dauernd gesichert bleiben sollen, so müssen wir ein wachsames Auge auf die hier kurz angedeutete Bewegung richten.

*

*

*

Etwas mehr Beachtung, als das Streben nach politischer Ausdehnung und Selbständigkeit hat in deutschen Exportkreisen das Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit gefunden.

An dieser wirtschaftlichen Unabhängigkeit Australiens arbeitet aber nicht nur die Labour Party, sondern auch die herrschende liberale Partei. Das Zustandekommen der Union der beiden bis im Frühjahr 1909 getrennt marschierenden, sich bekämpfenden liberalen Parteien unter Deakin bedeutet eine Niederlage der Liberalen, welche das Freihandelsprinzip vertraten und das Hochschutzzollsystem der anderen Liberalen heftig befehdeten. Die vereinigten Liberalen vertreten den Schutz-zoll. Wie lange freilich diese widernatürliche Vereinigung andauern wird, steht dahin. Jedenfalls zeigen aber die eben angeführten politischen Ereignisse der letzten Zeit das Überwiegen der Schutzzöllner, deren Bestreben es ist, alles aufzubieten, um Australien mit sämtlichen Industrien zu versehen, welche erforderlich sind, um alle Bedürfnisse des Landes durch Eigenproduktion zu decken, mögen die Preise hierdurch auch noch so sehr in die Höhe getrieben werden. Wie von einem Taumel sind Australiens Politiker von dem Bestreben ergriffen, das Land zu einem selbständigen Produktionsstaat zu machen. Ernste und besonnene Parlamentarier, die früher überzeugte Freihändler waren, haben sich als eifrige Protektionisten wieder wählen lassen, und es wäre nicht allzu sehr zu verwundern, wenn die Freihandelsidee unter dem Druck der Massen, sowohl der Arbeiter wie der Unternehmer sich in absehbarer Zeit wenigstens überhaupt nicht mehr hervorwagte. Für das herrschende System ist die überwiegende Majorität des Volkes durch beispiellose Agitation gewonnen worden, mag sie um der Zukunft Australiens willen bereit sein, die unausbleibliche erhebliche Preissteigerung vieler Produkte auf ihre Schultern zu nehmen, oder sich der Auffassung hingeben, daß die Erweiterung des Marktes für die heimische Industrie durch die Unabhängigkeit des Landes von der fremden den heimischen Unternehmern Gewinn

an sich schon derartig steigern, daß man den Preis für den Konsumenten gar nicht erhöhen werde; daran aber scheinen diese Optimisten nicht zu denken, daß bis zu dem Augenblick, in dem australische Maschinen wirklich alles Erforderliche liefern, der Preis der Güter von dem Warenteil bestimmt wird, der zur Deckung des australischen Bedarfs vom Ausland noch eingeführt werden muß. Auch exorbitanter Zollschutz vermag nicht immer Industrien rentabel zu machen. Schachner, wohl der einzige deutsche Nationalökonom, der bisher Australien gründlich studiert hat, führt an, daß die australische Stärkeindustrie, obgleich mit hundertprozentigem Zollschutz umgeben, doch so ungünstig arbeitet, daß der victorianische Appellgerichtshof für Arbeitsstreitigkeiten der Bitte der Arbeiter um einen höheren zum Lebensbedarf ausreichenden Lohn nicht entsprechen konnte; und nicht günstiger hat Schachner z. B. die Lage der Wollwarenfabriken gefunden. Bis auch nur die wichtigsten Industrien Australiens den Erdteil werden versorgen können, wird daher noch lange Zeit zu vergehen haben. Daran wird kein Zollschutzgesetz, so hoch es sein mag, etwas ändern können.

Ebenso wenig wird aber auch eines der radikalsten Gesetze, welches wohl jemals zum Schutz der heimischen Industrie erlassen wurde, eine wesentliche Verbesserung dieses Zustandes herbeiführen. Es handelt sich hier um das Gesetz des australischen Bundes zum Schutz australischer Industrien und zur Unterdrückung gefährlicher Monopole.

Die Art und Weise, in welcher man in Australien gegen die Kartelle, wenigstens mit den Buchstaben des Gesetzes, zu Felde gezogen ist, ist sehr charakteristisch für das Land und seine Gesetzgeber. Man hat die direkte Förderung der Interessen von Arbeitern und Käufern verbunden mit den der Bekämpfung dienenden Bestimmungen.

Aber weiterhin hat man auch die Interessen der australischen Unternehmer trotz Bekämpfung der Kartelle zu gewinnen gewußt, indem man nämlich in dasselbe Gesetz sehr interessante Paragraphen aufnahm, welche der Bekämpfung

des sogenannten Dumping dienen sollten. Unter Dumping ist zu verstehen: der von nichtaustralischen Unternehmern nach Australien erfolgende Verkauf von irgendwelchen Waren zu Preisen unter den Herstellungskosten, also mit Verlust, oder mindestens zu Preisen, welche keinen Gewinn übrig lassen, um auf diese Weise die Konkurrenz zu beseitigen. Ein derartiger Wettbewerb nichtaustralischer Produzenten mit australischen gilt als unlauter, jedoch nur insoweit, als es sich um einen Wettbewerb mit australischen Industrien handelt, deren Schutz den entscheidenden Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden als vorteilhaft für Australien erscheint.

Das Gesetz ist im Jahre 1906 erlassen und 1908 ergänzt worden. Es setzt eine Strafe von 50 Pfd. St. gegen alle Personen, Korporationen und Firmen fest, deren Wirksamkeit in irgendeiner Weise mit bewußter Absicht darauf ausgeht, die gewerbliche oder kommerzielle Tätigkeit zum Nachteil des Publikums einzuschränken bzw. mittels unredlichen Wettbewerbs die Erhaltung irgendeiner für Australien vorteilhaften Industrie, welche auf die Interessen der Produzenten, Arbeiter und Verbraucher schuldige Rücksichten nimmt, zu gefährden. Als ein unlauterer Wettbewerb wird es u. a. angesehen, wenn tatsächlich oder mit großer Wahrscheinlichkeit eine unangemessene Entlohnung der Arbeiter zufolge des Wettbewerbs zu erwarten ist. Als unangemessene Entlohnung gelten aber unzureichender Geldlohn, zu lange Arbeitszeit oder sonstige ungebührliche, nachteilige Arbeitsbedingungen bzw. Beschäftigungsverhältnisse. Es gilt weiter als unlauterer Wettbewerb, wenn tatsächlich oder mit großer Wahrscheinlichkeit durch ihn eine Desorganisation der australischen Industrien hervorgerufen oder Arbeiter um ihre Beschäftigung gebracht werden können. Bei der Beurteilung, ob ein beanstandeter Wettbewerb wirklich als unlauter zu gelten hat, ist die Art und Weise der Leitung, des Herstellungsverfahrens, der Betriebs-einrichtung und Maschinen zu prüfen. Es wird nämlich untersucht, ob diese den modernen technischen Anforderungen entsprechen oder nicht, da eine Konkurrenz modern und zweckentsprechend eingerichteter Betriebe gegenüber solchen mit

unzweckmäßigen und veralteten Einrichtungen nicht an und für sich als unredlich gelten kann.

Das mag genügen, um den ersten Teil des Gesetzes zu charakterisieren und nun die Bestimmungen, welche das *D u m p i n g* betreffen. (Bei der Wiedergabe des Gesetzes lege ich die Übersetzung zugrunde, die in dem Österreichischen Handels-Museum erschienen ist.)

Die näheren Umstände, unter welchen bis zum Beweis des Gegenteils ein Wettbewerb nach Australien eingeführter Güter als unredliches *Dumping* zu betrachten sei, werden folgendermaßen angegeben:

a) Falls dieser Wettbewerb unter den gewöhnlichen Geschäftsverhältnissen wahrscheinlich dazu führen müßte, daß die australische gleichartige Ware nicht länger erzeugt oder vom Markte zurückgezogen würde oder nur mittels einer ungenügenden Entlohnung der Arbeiter ohne Verlust erzeugt werden könnte.

b) Falls die vom Importeur oder dem Verkäufer der fraglichen importierten Waren angewandten Vertriebsweisen als unredlich (*unfair*) zu betrachten wären.

c) Falls der Wettbewerb tatsächlich oder voraussichtlich eine ungenügende Entlohnung der Arbeiter der betreffenden australischen Industrie bewirken müßte.

d) Falls der Wettbewerb voraussichtlich oder tatsächlich zu einer tiefgreifenden Zerrüttung einer australischen Industrie oder der Arbeitslosigkeit australischer Arbeiter führen müßte.

e) Falls der Importeur die importierten Güter vom Fabrikanten oder seinem Mandatar zu Preisen erstanden hat, die tief unter den herkömmlichen Produktionskosten oder Marktpreisen am Orte der Erzeugung oder des Einkaufs stehen.

f) Falls die importierten Waren vom Fabrikanten oder seinem Mandatar in Australien zu Preisen verkauft werden, die keinen ausreichenden Gewinn über den Marktwert des betreffenden ausländischen Gebietes oder über seinen ausländischen Marktpreis übrig lassen, wenn dazu noch alle Lasten hinzugeschlagen werden, die vom Verschiffungsorte bis zur Ankunft nach Australien auflaufen.

Wie bei den im ersten Teil dieses Gesetzes behandelten inneren Monopolen ist bei der Beurteilung irgendeines ausländischen Wettbewerbs als unredliches Dumping zu beachten, ob die durch den betreffenden Wettbewerb geschädigte australische Industrie nach ihrer Leitung, ihren Erzeugungsprozessen, ihren Anlagen und Maschinen auf der Höhe der Zeit steht oder veraltet ist.

Von größter Wichtigkeit ist, daß in dem Verfahren über eine Klage wegen Dumping dem Richter völlig freie Beweiswürdigung ausdrücklich zuerkannt wird.

Eine Ausnahmebestimmung gilt für die Einfuhr gewisser, namentlich landwirtschaftlicher Apparate und Maschinen. Bei einer solche Waren betreffenden Dumpingklage hat nämlich der Richter vorerst zu untersuchen, ob nicht etwa die betreffende Einfuhr der agrarischen Bevölkerung nützt, ohne anderen Berufsgruppen der australischen Bevölkerung ungebührlich zu schaden. Die richterliche Entscheidung in einer Dumpingklage soll endgültig und abschließend sein ohne Möglichkeit einer weiteren Berufung oder sonstigen Beanstandung.

Von dem Ausfall der richterlichen Entscheidung hängt es dann ab, ob von seiten des Justizministers ein Einfuhrverbot ergeht, oder ob die Güter, welche Anlaß zu dem Prozeß gegeben haben, nur noch unter bestimmten Bedingungen eingeführt werden dürfen.

In Neuseeland ist ein Antikartellgesetz nicht vorhanden, obzwar dem Parlament 1906 ein Gesetzentwurf vorgelegt wurde, *The Trade Monopoles Prevention Act*.

Daß aber die Antikartellgesetzgebung in Australien nicht nur Anhänger, sondern auch Gegner hat, weil sie die Preise ungemein verteuert, bedarf kaum der Hervorhebung; allein es dürfte nicht in den zwei bereits angeführten sondern auch in einem dritten Punkte eine gewisse Verwandtschaft mit den amerikanischen Anti-Trust-Laws bestehen: die scharfen Bestimmungen scheinen, wenn mich nicht viele Eindrücke täuschen, sehr häufig nur auf dem Papier zu stehen, in Wirklichkeit aber umgangen oder von dem Gericht nicht ausgeführt zu werden. Auf alle Fälle bildet aber das australische Kartellbekämpfungsgesetz ein treffliches

Beispiel, um den ganzen Geist zu begreifen, der die australische Wirtschafts-, Handels-, Zoll- und Sozialgesetzgebung beherrscht.

Es taucht aber die heute kaum zu beantwortende Frage auf, ob der Heißhunger nach selbständiger Produktion nicht doch eines Tages gestillt sein und ein scharfer zollpolitischer Frontwechsel eintreten wird, wenn man ein paar Jahre länger schlechte Erfahrungen gesammelt und eingesehen hat, daß die nationale Wirtschaftspolitik Deutschlands oder Amerikas oder Japans, die man als Vorbilder für die gleiche Politik in Australien aufgestellt hat, doch noch auf anderen Dingen beruht, als nur auf dem nationalen Tarif, wie es Deakins Überzeugung zu sein scheint. Wird in Zeiten einer schweren Krisis, die Australien besonders leicht droht, da die Einnahmen weiter Erwerbskreise völlig vom Wetter, von einer gewissen Regenmenge abhängen, das in den letzten besonders günstig ausgefallenen Jahren umjubelte System aufrechterhalten zu können? Wird bei der unausbleiblichen Zunahme der Schwierigkeiten für den Unternehmer mit den Arbeiten auszukommen, sich das Privatkapital nicht aus den australischen Industrien zurückziehen und glaubt man wirklich bei Verwirklichung des Wunsches der Arbeiterpartei, immer mehr Betriebe dem Staat oder der Gemeinde zuzuführen, den selbständigen Produktionsstaat in absehbarer Zeit schaffen zu können? Ist man auch sicher, daß man nicht eines Tages, wenn etwa ein mitteleuropäischer Zollverein ins Leben treten würde, mit der Sprengung ausländischer Märkte für die Hauptprodukte Australiens rechnen muß, weil die europäischen Länder sich den Verlust des australischen Marktes nicht wollen gefallen lassen?

Eine wirtschaftliche Selbständigkeit Australiens einerseits, Neuseelands andererseits herbeizuführen, läge an sich kaum außerhalb der Grenzen des Möglichen; die Frage ist jedoch die, ob die Durchführung der wirtschaftlichen Selbständigkeit unter den nun einmal in Australien vorhandenen extremen sozialpolitischen Strömungen durchführbar ist. Fördern die beiden Tendenzen sich gegenseitig oder schließen sie sich nicht vielmehr aus?

Um die Bedeutung zu ermessen, welche die sozialpolitischen Bestrebungen für unsere Antipodenländer und ihre Zukunft haben, ist es am lehrreichsten einen Blick auf Neuseeland zu werfen. Neuseeland ist zwar noch viel isolierter als Australien; dieser Umstand, seine Hochschutzpolitik, seine geringe Größe und seine einzige Regierung, welche für die gesamte industrielle Gesetzgebung verantwortlich ist, machen die Lage Neuseelands zu einer noch eigenartigeren, so daß sie sich von der australischen Staaten in manchen Beziehungen, trotz aller Ähnlichkeit im übrigen, ebenso unterscheidet, wie die australischen Staaten von den Industriestaaten der nördlichen Hemisphäre. Aber dennoch steckt Neuseeland im Weltverkehr drinnen und ist vom Weltverkehr abhängig. Eine deutliche Warnung, daß man auch in Neuseeland nicht ganz außerhalb der Welt steht, vielmehr von manchen Einflüssen anderer Wirtschaftsgebiete abhängig ist, war die Krisis 1909.

Es ist eine sehr auffallende Erscheinung, daß zwar Neuseeländer, Amerikaner und Franzosen dieses Land der staatssozialistischen Experimente wiederholt studiert und in vielen Büchern beschrieben haben, daß aber soweit ich sehe, bis vor ganz kurzer Zeit, noch kein deutscher Nationalökonom Neuseeland eines gründlichen Spezialstudiums für würdig erachtet hat. Und doch läge es gerade für den deutschen Forscher auf sozialpolitischem Gebiete nahe, Ursachen und Wirkungen der radikalen Sozialreform, deren sich das ferne englische Dominion im Stillen Ozean erfreut, zu ergründen. Oder hat vielleicht der Umstand, daß Neuseeland auch ein ultra-demokratisches Staatswesen ist, die deutschen Gelehrten abgeschreckt und nur solche aus Republiken angelockt? Diese haben denn auch fast alle sich bemüht, die Demokratie in der Südsee zu verherrlichen, haben vieles übertrieben rosig geschildert und haben die Kritik oft zurücktreten lassen hinter dem Wunsch, Beweise für die Vorzüge einer demokratisch-republikanischen Staatsreform beizubringen.

Die Lobpreisung der neuseeländischen Einrichtungen ist den Nationalökonomien in früheren

Jahren auch nicht schwer gefallen. Sie sahen hier in der Tat, was es anderswo nicht gab, glückliche Menschen in einem glücklichen Lande, das in einem fortgesetzten wirtschaftlichen Aufschwung begriffen, aufs beste gedieh trotz oder wegen der weitgehendsten staatlichen Eingriffe in die industrielle und sonstige Entwicklung. Ein Land, so groß wie Italien, aber mit noch nicht einer Million Menschen besiedelt, reich an Bodenschätzen jeglicher Art, mit einem ausgezeichneten milden und gesunden Klima, in dem es an scharfen politischen Gegensätzen fehlt, in dem selbst die beiden allein vorhandenen Parteien sich weniger voneinander unterscheiden, als im deutschen Reichstag Freisinnige Volkspartei und Freisinnige Vereinigung, regiert von einem Ministerium, das nur nach dem einen Ziel erfolgreich strebte: keine Armut aufkommen lassen, aber auch keine Riesenvermögen. So war das Bild, das noch vor wenigen Jahren nahezu alle Autoren vor sich sahen, die über Neuseeland schrieben. Die schweren sozialen Fragen, welche den europäischen Ländern wie Amerika so große Sorgen machen, schienen hier nicht vorhanden, beseitigt zu sein; die Versöhnung zwischen Unternehmer und Arbeiter, die Freundschaft zwischen Kapital und Arbeit schien in diesem sozialen Wunderlande hergestellt; Streiks und Arbeitslosigkeit kannte man so wenig wie eine Frauenfrage, denn den Neuseeländerinnen war bereits im Jahre 1893 das Wahlrecht zugestanden worden.

Aber es gab doch unter den Beobachtern einige, denen es ob der allzugroßen Glückseligkeit Neuseelands bange wurde, und die argwöhnisch die Frage aufwarfen: Wird nie eine Krisis kommen? Wie werden in einer Krisis die gesetzlich fixierten Minimallöhne, der Achtstunden-Arbeitstag und die Zwangsschiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten sich bewähren? Wird der Staat ausreichend Mittel haben, die jeder mindestens 65 Jahre alten Person, deren Vermögen oder Einkommen unter einem gewissen Minimum bleibt, aus der Staatskasse zustehenden Altersrenten zu zahlen? Wie will man sich von dem zweifelhaften Ruhm befreien, auf den Kopf der Bevölkerung die höchsten Schulden zu haben, die irgend ein Staatswesen aufweist?

Wer noch vor kurzem einem Neuseeländer diese Fragen zur Beantwortung vorgelegt hätte, würde unweigerlich die Antwort erhalten haben, daß *Gods own Country* (als solches bezeichnen die Neuseeländer ihr Land) so reich sei, so viele ungehobne Bodenschätze und unangerührtes, fruchtbares Land sein eigen nenne, eine so intelligente und fleißige Bevölkerung aufweise, so unbegrenzter Möglichkeiten der Entwicklung sich erfreue, daß an eine Krisis nicht zu denken sei. Ist Neuseeland auch das Land ohne soziale Extreme, so ist es doch die Heimat extremer Optimisten. Diese haben bei ihren hochinteressanten und mutigen Experimenten zwei ökonomische Rechenfehler gemacht: einmal haben sie nicht beachtet, daß der Reichtum eines Landes erst dann zutage tritt, wenn genügend Menschen vorhanden sind; dann aber hatten sie vergessen, daß die neuseeländischen Inseln nicht mit einer Mauer umgeben, gegen das Ausland abgeschlossen sind, sondern immer mehr von der Lage des Weltmarktes beeinflußt werden, da Neuseeland nicht etwa alles selbst produziert, was es konsumiert, noch auch entfernt alles selbst verbraucht, was es herstellt.

Ein weiteres kommt hinzu. Der Mann, dessen überwältigende Persönlichkeit die radikale Sozialform, welche 1891 nach dem Sturze des alten Regimes begann, von 1893 bis 1906 geleitet hat, der soziale Diktator des Landes, sein ungekrönter Volkskönig, *Richard John Seddon*, der sich vom Goldgräber zum Ministerpräsidenten heraufgearbeitet hatte, ist tot; sein Nachfolger aber ist weder physisch noch geistig, weder in seiner sozialen, noch in seiner politischen Anschauung, ja nicht einmal bezüglich seines Charakters oder seiner Vergangenheit *Seddon* gleichwertig. *Sir Joseph Ward* ist ein gerissener Geschäftsmann und guter aalglatter Redner, dessen oberster Wunsch ist, so lange wie möglich im Amt zu bleiben. Er hat bei weitem nicht die Autorität *Seddons*, entbehrt der Beliebtheit, deren sein großer Vorgänger in allen Kreisen der Bevölkerung sich zu erfreuen hatte. Das Gewicht seiner Persönlichkeit vermag nicht, wie es *Seddon* konnte,

die ganze öffentliche Meinung zu hypnotisieren, zu vereinheitlichen.

So konnte es nicht ausbleiben, daß die ökonomischen Rechenfehler der neuseeländer Optimisten und der unzureichende Ersatz für Seddon zutage treten mußten.

Was sehen wir heute in Neuseeland? Die offizielle Statistik zeigt, daß der Export im Jahre 1908 nur 16,3 Millionen Pfd. St. betragen hat, mithin gegenüber 1907, welches 20 Millionen Pfd. St. Export aufwies, einen Rückgang um 2,7 Millionen Pfd. St. aufweist. Der Import zeigt 1908 17,4 Millionen Pfd. St., nur wenig mehr als im Vorjahre mit 17,3. Aber das für Neuseeland sehr Bedenkliche ist, daß 1908 zum erstenmal der Import größer war als der Export. Jede Tageszeitung brachte seit Juni (1909), dem Winterbeginn in der Kolonie, bis gegen Jahresende, spaltenlange Berichte über die seit fast achtzehn Jahren so gut wie unbekanntete Arbeitslosigkeit in allen Bezirken des Landes, namentlich in den Städten. Selbstverständlich zeigen die Einkommensteuer- und Konsumstatistik und andere Barometer der Wohlstandsentwicklung entsprechend weniger günstige Ziffern als in allen Vorjahren des liberalsozialen Regimes. Das mögen schnell vorübergehende kritische Wellen sein, die in der Tat auch schon wieder geglättet scheinen. Doch weiter. In dem Lande, in dem es zu Seddons Lebzeiten, wie zahlreiche genaue Kenner versichern, kaum einen Sozialdemokraten und kaum einen ausgesprochenen Gegner der Sozialreform gab, in dem arbeiterfreundliche Unternehmer und unternehmerfreundliche Arbeiter als ebenbürtige Parteien, von sehr wenigen unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, ruhig und gentlemanlike miteinander verhandelten, in dem Arbeiter und Unternehmer in derselben Partei für denselben Kandidaten stimmten, regt sich, eine von den Unternehmerelementen gereinigte, auf dem Boden der Verfassung stehende patriotische Arbeiterpartei nach dem Muster des australischen Commonwealth zu bilden; und gleichzeitig reckt sich die internationale Sozialdemokratie. Wie bei uns im bösen Mitteleuropa hört man

von aufrührerischen Reden, von Bomben und Dynamit; hat aber freilich noch nicht wie 1909 die australischen Streikenden in der Silberstadt Brokenhill und in dem Kohlenbezirk von Newcastle in Neusüdwaies diese gefährlichen Dinge in die Hand genommen. Würde man aber auch bei einem ernstern Konflikt sich friedlich benehmen, bei einer starken Gärung, die unausbleiblich wäre, wenn etwa infolge einer länger anhaltenden Krisis das Schiedsgericht die Minimallöhne herabsetzen zu müssen glaubte?

Auf der andern Seite setzt die Reaktion ein, geführt von den Großgrundbesitzern, die enteignet zu werden befürchten; und mancher Industrielle schließt sich ihnen an, der durch das Antialkoholgesetz oder einen andern Regierungsakt, namentlich durch die den Kleinbesitz zufolge Zwangsankauf von großen Gütern fördernde Bodengesetzgebung, sich geschädigt fühlt.

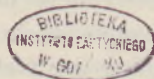
Dieselben sozialen Fragen, wie die alten Länder sie haben, sind plötzlich auch hier aufgetaucht. Man hat auf einmal eine Arbeitslosigkeit, man erblickt, wie bei uns, die Landflucht und ihre Gefahren für Land wie für Stadt, auch dieselben militärischen Probleme zeigen sich furchterweckend.

Immer lauter wird die Frage aufgeworfen, wie man denn die enorme Schuldenlast, über 1400 Mk. auf den Kopf der Bewohner, tilgen will. Und dabei reiste der seinem großen, uneigennützigem Vorgänger so wenig äquivalente Ministerpräsident Sir Josef Ward nach England, um neue Anleihen aufzunehmen. Denn anders kann Neuseeland den Dreadnought nicht bezahlen, den es auf seines Führers Rat dem Mutterlande geschenkt hat; fürchtet man doch mehr als innere Gefahren, die man als guter Neuseeländer nicht sieht, nicht sehen will, äußere. Man sieht ein, daß man mehr Menschen braucht, will aber die strengen Einwanderungsgesetze nicht ändern, und hat kein Mittel, den starken Rückgang der Geburtenziffer wieder wettzumachen. Bald glaubt man, in der Sozialfürsorge schnell weiter gehen, Versicherungsgesetze nach deutschem Vorbilde, staatliche Regulierung der Preise, Verstaatlichung des Bodens

ins Auge fassen zu müssen — aber da sieht man die leeren Staatskassen und die hohen Schulden und selbst unter der liberalen Partei starke Gegnerschaft gegen die Bodenreform. Bald glaubt man, Halt machen zu sollen mit der Experimentierarbeit — aber da sieht man mehr und mehr die rote Fahne sich entrollen. —

* * *

Neuseeland ist ein so herrliches Land, seine Bevölkerung ist eine so sympathische, seine Regierung ein so kühner Pionier auf dem Wege zum sozialen Fortschritt und Frieden, daß man nur aufrichtig wünschen kann, das ferne Inselreich möge den hier kurz angedeuteten Gefahren entgehen und mit seinen sozialen Experimenten doch noch einen solchen Erfolg haben, daß auch für uns ihre Einführung ernstlich zur Erörterung gestellt werden kann. Hüten wir uns aber etwa auf Grund schöngefärbter Berichte allzu kritiklos eines der Experimente Neuseelands nachzuahmen, ehe deren Widerstandskraft in schweren Zeiten erprobt worden ist. Wir haben nicht die Möglichkeit wie Neuseeland, so ungemein schnell Gesetze abzuändern oder aufzuheben, die sich nicht bewähren. Und kein besonnener Neuseeländer leugnet, daß man noch mitten im Versuchsstadium steckt und erst weitere Erfahrungen abwarten muß, ehe ein endgültiges Urteil über die sozialen Reformgesetze des Landes gefällt werden kann.



M 3168 F